

10. Sept. 1949

Eingegangen am

10. 9. 1949

726

W. Henrichs

An das Schwurgericht  
Wuppertal.

In der Strafsache  
gegen B a e c k e r u.A.  
5 Ks 1/48

W. Henrichs

b e g r ü n d e ich die namens des  
Angeklagten Heinrich M a r x  
eingelegte R e v i s i o n gegen das Urteil des  
Schwurgerichts Wuppertal vom 4. Juli 1949 wie folgt;

Es wird b e a n t r a g t ,  
das Urteil des Schwurgerichts Wuppertal  
vom 4. Juli 1949 nebst den ihm zugrunde liegenden  
Feststellungen aufzuheben und die Sache zur erneu-  
ten Verhandlung an das Schwurgericht Wuppertal  
zurückzuverweisen.

G r ü n d e :

Es wird in materiellrechtlicher Beziehung um  
Nachprüfung des Urteils in vollem Umfang  
gebeten. Insbesondere wird um  
Überprüfung gebeten, ob bei dem Angeklagten Marx  
tatsächlich ein Verbrechen gegen die Menschlich-  
keit als vorliegend anzusehen ist.

Bezüglich des Angeklagten M a r x ist auf Seite 15 des  
Urteils folgendes festgestellt:

"An Auswüchsen, die sich im Parteibetrieb zeigten,  
nahm er derart Anstoss, dass er sich mit einigen  
Gesinnungsgenossen zu einer unmittelbaren Meldung  
bei

127  
bei Hitler entschloss. Er wurde ans Justizministerium verwiesen und prangerte hier die ihm nicht zusagenden Zustände an. Infolgedessen wurde er aus der SS ausgeschlossen. Er erklärte auch seinen Austritt aus der Partei".

Und auf Seite 16e des Urteils ist bezüglich des Angeklagten Marx nochmals gesagt:

"Immerhin muss bei ihm anerkannt werden, dass er bereits Mitte 1934 nicht nur selbst das unmoralische und verbrecherische Treiben des Nationalsozialismus durchschaut, sondern auch den Mut gefunden hat, dies an höchster Stelle anzuprangern. Als Folge dieses entschlossenen Schrittes hat er manche Unannehmlichkeiten auf sich nehmen müssen."

Aus diesen Feststellungen folgt, dass der Angeklagte Marx nicht die Einstellung hatte, dass der politische Gegner Freiwild sei. Andererseits wird auf Seite 35 des Urteils noch festgestellt, dass Marx z.B. gegenüber Schneller gewisse persönliche Gründe des Vorgehens gehabt hätte. Aber speziell aus der praktisch von Marx schon im Jahre 1934 energisch und unter Opfern bewiesenen Einstellung gegen solche Misshandlungen lässt sich die Folgerung ziehen, dass es sich bei ihm, soweit er überhaupt in solche Dinge verwickelt war, nur um persönliche Streitigkeiten handelte und dass vor allem in subjektiver Beziehung die Voraussetzungen für ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit fehlte. Das Schwurgericht hätte bei Marx prüfen müssen, ob dann, wenn kein Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorliege, noch die Voraussetzungen für die Strafbarkeit gegeben wären.

  
Rechtsanwalt.